

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Eitich-Druckerei).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 27.

Berlin, Sonnabend, 6. April 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Fort mit der Ratseier. — Unverbesserliche Schatzmacher. — Persönliche Aufnahmen. — Zum Verbandstage. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Fort mit der Ratseier!

Der gründliche Reinsfall, den insbesondere die Metallarbeiterverbände im vorigen Jahre mit der Ratseier erlebt haben, scheint doch nicht ohne Wirkung bleiben zu sollen. In Erinnerung sind noch die Vorgänge in dem Werk Brunnenstraße der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin. Eine übergroße Mehrheit der in diesem Werke beschäftigten 6700 Arbeiter hatte sich für die Ratseier ausgesprochen. In Wirklichkeit nahmen dann aber nur 1200 Arbeiter dieses Wertes an der Feier teil. Ähnlich ging es in anderen größeren Betrieben, so z. B. in Oberschönweide bei der A. E. G. Dem Führer des Berliner Metallarbeiterverbandes Cohen entstanden daraus ganz besondere Unbequemlichkeiten; man jählt ihn der Doppelzüngigkeit und der Lüge.

Ferner ist noch bemerkenswert die Tatsache, daß die Gewerkschaften erklärten, die Ratseier sei keine gewerkschaftliche, sondern eine Parteiangelegenheit. Darum wurde die Parteikasse auch angehalten, für die infolge der Ratseier ausgeperrten Unterstützungsmittel herzugeben. Der sozialdemokratische Parteivorstand gab an die ausgeperrten Mitglieder des Metallarbeiterverbandes 30 000 RM.

Da hat denn die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes allen Grund, wenn sie in ihrem Jahresbericht wörtlich folgendes sagt:

„Die diesjährige Ratseier soll uns eine Warnung sein. So wie im Jahre 1906 darf der 1. Mai nicht mehr gefeiert werden, sondern wir haben zu berücksichtigen, was die von der Generalversammlung der Verwaltungskasse Berlin eingesetzte Kommission als Voraussetzung jeglicher Ratseier für notwendig erklärte: Ein den Beschäftigten unseres Verbandes entsprechende Organisationsverhältnis. Ohne diese Voraussetzung können wir uns in keinem Betriebe auf die Ratseier einlassen. Allerdings ist dies nicht die einzige Bedingung, doch kann weiteres hierzu nicht gut im voraus gesagt werden; es richtet sich dies nach der jeweiligen Konjunktur und den Verhältnissen. Ueber den Wert der Ratseier selbst an dieser Stelle zu sprechen, geht nicht, denn der Bericht würde polemischen Charakter annehmen.“

Die Schlussbemerkung läßt erkennen, daß man die ganze Ratseier dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst. Die Deutschen Gewerkevereine haben sich gleich vom ersten Tage ab, als die Ratseier vom internationalen sozialdemokratischen Kongreß in Paris beschlossen worden war, ablehnend verhalten. Hätten sich in ähnlicher Weise auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften verhalten, dann hätten sie viele Opfer sparen können und schon dadurch der Sache der Arbeiter genügt.

Die Ratseier sollte mit der praktischen Arbeiterbewegung nichts zu tun haben!

Nur die Sozialdemokratie braucht solchen Lam-Lam! Die Organisationen der Arbeiter können ihn entbehren.

Durch Demonstrationen, Knetgebilde und Lanzenparaden kann man auch nicht den kleinsten Schritt nach vornwärts tun auf dem Gebiete der

Berührung der Arbeitszeit. Dazu ist erstere Arbeit nötig. Diese Arbeit kann nur geleistet werden durch die Organisation. Darum hinein in die Deutschen Gewerkevereine! Aber hinaus mit der Ratseier aus der Arbeiterkassette. Was die sozialdemokratische Partei feste feiern soviel sie Lust hat, die deutschen Arbeiter sollten sich indes nicht dazu hergeben, daß aus ihrer Haut Niemand geschnitten werden für eine höchst einseitige parteipolitische Propagandamacherei. K. G.

Unverbesserliche Schatzmacher

Sind die Großindustriellen des Reichs. Das zeigte sich wieder in der am 26. März zu Köln stattgefundenen Hauptversammlung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln. In dem der Hauptversammlung erhaltenen Bericht wird der Industrie geraten auf der Hut zu sein gegen die „überjohalalen Bestrebungen“. Der neue Reichstag diene hier noch mehr Anlaß zu Befürchtungen als der alte. Abgesehen von den zahlreichen Initiativanträgen der bürgerlichen Parteien sei auch in der Thronrede eine Fortsetzung der sozialreformatorischen Tätigkeit angekündigt und der Zentralverband deutscher Industrieller vom Reichszentralrat auf eine Unterstützung dieser sozialpolitischen Tätigkeit der Regierung angefordert worden.

Der Bericht fährt dann fort: „Die Maßnahmen für die Industrie, auf deren Kosten die sozialen Reformen fast ausschließlich bewirkt werden, sind in dieser Beziehung um so unerfreulicher, als die preussische Regierung in den Staatsbetrieben mit Einrichtungen vorgegangen ist oder vorgeht, die in ihrer Folgerichtigkeit der Privatindustrie erhebliche neue Lasten auferlegen müssen. In den Staatsbetrieben ist der neunstündige Arbeitstag eingeführt und die obligatorische Urlaubserstellung für die Arbeiter in bestimmter Anzahl genommen bzw. zugesagt worden. Das kann der Betrieb tun, weil seine Betriebe nicht zu erweitern brauchen und sich seine Kosten der Unternehmer tun, der ohne angemessenen Gewinn den Betrieb nicht aufrechtzuerhalten vermag. Und da er vielfach nicht bloß mit inkubierten, sondern auch mit ausländischem Wettbewerb zu rechnen hat, der von dergleichen sozialen Lasten mehr oder weniger frei ist, so gelten für ihn andere Rücksichten, als für den Staat als Gewerbetreibender. Das Vorgehen des letzteren in der bezeichneten Richtung wird die Unternehmer aber früher oder später zwingen, ebenfalls mit der Arbeitszeit herunterzugehen und Urlaube unter Fortzahlung des Lohnes zu bewilligen.“

Dadurch werden durch einseitige beherrschende Maßnahmen Reformen in der Industrie erzwungen und in überleitender Weise eingeführt, die zwar vielleicht auch so gewonnen wären, aber jedenfalls erst im Laufe weiterer Entwicklung der Dinge, und die namentlich dann erst hätten kommen sollen und dürfen, wenn das Ausland mit seinen sozialpolitischen Einrichtungen Deutschland einigermassen nachkommen wäre. Der Vorstand nahm daher Veranlassung, sich gegen diese Richtung der Staatsbetriebe zu wenden und legte sich mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller in Verbindung, der schon früher bei der Regierung in diesem Sinne vorstellig geworden war und in einer durch die Presse veröffentlichten Darlegung vor längerer Zeit die berechtigte Forderung aufgestellt hatte, daß die Staats- und Gemeindebehörden vor Einführung solcher Maßregeln doch mit den davon betroffenen Industrie- und Handwerksunternehmungen Rücksicht nehmen möchten. Weitere Schritte in der Angelegenheit zu tun, hält der Zentralverband, wie auch aus einer anderweitigen Mitteilung deselben und bekannt geworden ist, nicht für angezeigt. Wahrscheinlich verpricht er sich davon gegenüber der herrschenden sozialpolitischen Stimmung keinen Erfolg.

Wenn die Staats- und Gemeindebehörden für jede sozialpolitische Maßnahme zunächst die Verbände der Industriellen befragen wollten, dann läme es gewiß nirgendwo zu einem Fortschritt. Unser Verbandsredakteur nannte in seiner vorjährigen Eisenbahnerrede im Abgeordnetenhaus die seit vielen Jahren von ihm geforderte Einführung der neunstündigen Arbeitszeit

in den Betriebswerkstätten der Eisenbahn eine „soziale Grobthat“. Ich gestehe, das erschien mir damals als eine kleine Uebertreibung. Wie recht er aber damit doch hatte, das zeigt die vorstehende Klage der Großindustriellen und ihr Jammer darüber, daß sie dem Beispiel des Staates schließlich folgen müssen. Das zeigt aber auch, daß nicht nur die Eisenbahner, sondern auch die industriellen Arbeiter sich freuen dürfen über den durch unseren Kollegen Goldschmidt im Parlament erkämpften Erfolg.

Und weiter heißt es in dem Bericht:

„Was die Arbeitszeit in den Privatbetrieben anbelangt, so wird diese ja im allgemeinen dadurch bezeichnet, daß der gesetzliche Arbeitstag für weibliche Arbeiter bekanntlich 11 Stunden beträgt und Herabsetzung auf 10 Stunden angetrebt wird. Dies wird auch wahrscheinlich das erste Ergebnis der vielen sozialpolitischen Anträge im Reichstage sein und hiermit wird wohl auch die Industrie allgemein rechnen müssen, nachdem die süddeutschen Textil- und Baumwoll-Industriellen mit der Einführung des neunstündigen Arbeitstages vorgegangen sind.“

In Köln und Umgebung ist der neunstündige Arbeitstag einschließlich der Eisenbahnen allgemein eingeführt. Dieser Reformarbeitstag entspricht dem sozialen Empfinden und der wirtschaftlichen Lage offenbar besser, als der neunstündige Arbeitstag der preussischen Eisenbahnenwerkstätten.“

Im Bericht wird dann die irrige Anschauung vertreten, daß die Verhältnisse sich „von selbst besserten“, es bedürfte dazu „keiner so starken Eingriffe in die bestehende Ordnung“, womit das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung gemeint ist.

Natürlich gefallt es den Herren auch nicht, daß die Arbeiter ihre Löhne verbessern wollen.

Einstweilen richten sich die Forderungen der Arbeiter in dem Maße an der Lageverbesserung betrieblichen Kampfe mit den Arbeitgebern weniger auf die Arbeitszeit, als auf den Arbeitsslohn und namentlich auf die Erlangung von festen Löhnen mit einheitlichen Gehaltsstufen. Auf dieser Linie bewegte sich namentlich der Vorstand, den der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Laufe des vergangenen Jahres vornahm. Dieser Streit der Jahre aus mehrere Betriebe der Metallindustrie in unserem Bezirk. Hier wurden jedoch Erfolge von den Arbeitern ebensowenig erzielt, als in einigen großen norddeutschen Fabrikstädten, wo die im Verband der deutschen Metallindustriellen vereinigten Arbeitgeber durch gemeinsame Aussperrung sämtlicher Arbeiter den Angriff abwehrten. Namentlich war das bekanntlich in Hannover der Fall und später auch an einem großen rheinischen Hüttenwerk, der Rothen Erbe bei Menden. Allerdings nahmen die Unternehmer für die Behauptung ihres Standpunktes große Opfer bringen. Inwiefern hatte auch der Arbeiterverband dadurch erhebliche Verluste, und die Arbeiterschaft selbst erlitt ebenfalls namhafte Einbuße an ihrem Einkommen.“

Fast klingt dies wie Schadenfreude: „Auch die Arbeiterschaft erlitt namhafte Einbuße an ihrem Einkommen.“ Ich bedauere die schweren Verluste, die beiden Seiten durch die Kämpfe zugefügt wurden. Die Schuld hieran ist aber in erster Linie den Unternehmern beizumessen, insbesondere gerade den wesentlichen Großindustriellen, die sich weigern, mit den Organisationen der Arbeiter zu verhandeln. Die Arbeiter sind mindestens ebenso berechtigt Organisationen zu bilden zur Vertretung ihrer Interessen, wie die Arbeitgeber, wozu meist jeder einzelne doch in sich schon stark ist. Weil aber beide Organisationen naturgemäß gleichberechtigt sind, werden sich auch die Unternehmerverbände dazu bewegen müssen, diese Gleichberechtigung anzuerkennen. Jetzt aber wollen sie das noch nicht tun:

„Es zeigt sich immer mehr, daß gegenüber den unberechtigten Forderungen der Arbeiter, und namentlich gegenüber den herrschaftsgelagerten der Gewerkschaften nur ein entschlossener Abwehrkampf der Arbeitgeber gegen die Arbeiter die Unternehmerschaft vor völliger Anarchie durch die Gewerkschaften bewahren kann. Der frühe Zusammenschluß der Arbeitgeber ist und bleibt daher eine Lebensfrage für die Industrie, und auf

Die Zwangsarbeiten, die seiner beruflichen Förderung... bestimmt sind, ausgespart zu sein für Zwecke einer... politischen Partei, die in letzter Linie ja alles andere...

Genau entgegengesetzt sieht das Bild der deut-... schen, in sozialdemokratischen Kreisen schwindenden... Gewerkschaftsbewegung aus. Der Mitgliederstand ist...

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Hafen-... arbeiter in Hamburg ist wider Erwarten noch... nicht beendet. Obgleich die Schwenkreute ihren...

führen. Diejenigen Arbeiter, welche diese Bedingungen... nicht untergeordnet, sollen zum 1. Mai ihre Kündigung...

Wenn in einem demokratisch regierten Lande... ein Arbeiter Minister wird, dann sorgen die Radikalen...

Wie in Frankreich, so ist es auch in England... Als die liberale Regierung an das Ruder kam, berief...

Weiter wird Burns vorgemerkt, daß er das... Arbeitslosengesetz vom Jahre 1905 nicht ausbaue...

Hätte Deutschland erst eine demokratische Re-... gierung, die auch die Arbeiterschaft, gleichviel aus...

Wie stellen schon in voriger Nummer fest, daß... der Verwaltung der Königlich-Preussischen Bergbau...

größerer Weise verläumet. Jetzt erhebt die „All-... Volksgazette“ noch folgende Anschuldigungen:

„Nach den bergpolizeilichen Vorschriften muß jeden... Morgen das Seil von dem beauftragten Beamten nach-

Gebe es eine Mitwirkung der Arbeiter bei der... Grubenkontrolle, dann hätte auf den Grubenbesitzer...

Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Die Orts-... vereine der Buchdrucker gehören nicht überall den...

„Warum ist denn unser Verband ein „Knecht“,... ein „Gerräter“, ein „Kugler“? Warum ist die...

In Leipzig wurden die Buchdrucker bekanntlich... aus dem Gewerkschaftskartell ausgeschlossen, weil sie...

Eine neue Manifestation geht in der „französi-... schen Sozialistischen Partei“ vor sich, wenn es...

Gewerkschaften-Teil

§ 46. In der Nummer 25 des „Gewerkschaften-...“ steht unter „Sprettan“ zu lesen: „Als ein Bekannter...

et, und ist... politischen... Witten... dennoch... sein, dann... machen... Gewalt in... glaube ist... e. Darum... fernem ver-... nommes... ahren wir... jähigen... sein, die... den ge-... welches... nianktion... die jegige... an und... eines... Kollegen... oben und... fen mit... nianktion... in unser... komm.

1907.

ing des an... en vor-... wa-... Haupt-... rater... tigkeit... stium... glichen

arbeiter... ch von... die sehr... schwind... trende... sich ge-... bannni... In... sich... drant... glücker... mit... auf-... wuchs

Be-... Unter-... ein... Be-... sein... erben... mit... auf-... wuchs... daß... noch... oben... für... ober

Ge-... mit... dem... mit... fest... res... zu... fern... der... in;... wed... nem... de... te-... k-... p-... ab... nie... nie... us-... is... e.

die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses der Arbeitgeber, h. h. hier in Köln Anschlag an den Arbeitgebersbund, kann nicht oft genug hingewiesen werden. Es vergeht selten ein Monat, in dem nicht irgend eine Gewerkschaft auch gegen eine Kölner Arbeiterschaft Mahnungen erläßt, im Namen der Arbeiterforderungen steht und greift. Grundsätzlich werden diese Mahnungen sein und auch meistens zurückgewiesen werden, wogegen jeder Arbeitgeber stets bereit sein wird, seine eigenen Arbeiter über die Wünsche und Beschwerden zu hören und sich mit ihnen, wenn irgend möglich, zu verständigen.

Es wird den Unternehmern auf die Dauer nichts nützen, sich dagegen zu sperren, mit den Organisationen der Arbeiter in friedliche Verhandlungen einzutreten. Auf diesen Standpunkt werden sie um so rascher gebracht werden, je mehr auch die übrigen Arbeiterorganisationen die Prinzipien der Gewerksvereine, die grundsätzlich den Frieden wollen und nur dann den Kampf aufnehmen, wenn der friedliche Weg erschöpft ist, praktisch betätigen Köln a. Rh., Oren 1907.

Verständige Anschauungen.

Sehr verständige Anschauungen entwickelt der Bericht der Handelskammer zu Bielefeld für das Jahr 1906, soweit wir dies nach einem in den Zeitungen veröffentlichten Auszuge beurteilen können. Der Bericht beschäftigt sich hiernach in eingehender Weise mit der Lage des wirtschaftlichen Marktes und die Beeinflussung desselben durch die Arbeiterbewegung. Unter der Kampflust der Arbeiter leide das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und erschwere die gemeinsame Arbeit zur Verbesserung eines beiden Parteien betriebliehen Interessenausgleichs. Durch ihre sich gut entwickelnden Organisationen würden die Arbeitgeber moralisch und finanziell so gelähmt, daß ihr guter Wille bei der Berücksichtigung von Arbeiterforderungen sehr wohl einmal eine Rolle spielen könne. Aber gerade diese Tatsache würde mit der Zeit ein besseres Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern ermöglichen, denn die Arbeitgeber seien durch die Stärke ihrer Organisationen jetzt vor dem Verdacht geschützt, den Wünschen der Arbeiter „aus Schwäche“ nachzugeben.

Von diesem Gesichtspunkt aus, so läßt der Bericht fort, gereicht es und zur Vergewissung, schließlich, daß die reaktionäre Gesinnung im Lager der Arbeitgeber während des verflissenen Jahres trotz aller vorhandenen Spannung einer sachlicheren Würdigung des vorhandenen Verhältnisses begnügt Platz zu machen, und daß man wenigstens den Versuch macht, sich mit den Organisationen der Arbeiter in Streitfällen auseinanderzusetzen. Ob diese Verhandlungsbemühungen zu einer dauernden Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen führen werden, hängt natürlich auch von der besseren Einsicht der Arbeiter ab. Hiermit berühren wir aber den wunden Punkt des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die bestehende Schwere liegt jedoch nach unserem Dafürhalten nicht etwa an einem dem Arbeiter abgehenden wirtschaftlichen Begriffsverständnis, sondern an den Hindernissen, die sich dem Arbeiter auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einsicht entgegenstellen. Er beschränkt sich, daß der deutsche Arbeiter noch immer der Beschränkung politischer oder religiöser Interessen nachzugehen. Was haben Politik und Religion mit rein wirtschaftlichen Kämpfen zu tun? Durch beide wird der Blick vom eigentlichen Ziele abgelenkt oder doch die Richtung des zu erreichenden Zieles verkehrt. Und müßten die Arbeiter, in welchem Maße durch Parteistellung und in wirtschaftliche Bahnen gelenkt würden, sie spalteten und in unwirtschaftliche Kämpfe zerrissen würden, sie müßten den Mut finden, sich zu einer Deutschen Arbeiterpartei zusammenzuschließen, die lediglich die Verbesserung der Lage der Arbeiter im Auge hat, ein Streben, das kein Mensch dem Arbeiter verhehnen wird. Sind aber unsere Arbeiter erst in dieser Beziehung schlüssiger, so wird ihre Einsicht ihnen auch sagen, daß auch der Fabrikant an Grenzen bei seinen jugendlichen Gebunden ist, und daß diese Grenzen dann erreicht sind, wenn die Industrie anfängt, ihre im Konkurrenzkampf erforderliche Leistungsfähigkeit einzubüßen.

Die Handelskammer nimmt Bezug auf die „Veipziger Volks-Zeitung“ um die Richtigkeit ihrer Anschauungen zu beweisen. Das radikale sozialdemokratische Organ hatte nämlich geschrieben:

„Zu den wichtigsten Ursachen die einen der verminderten Reaktion so günstigen Wahlausfall herbeiführten, gehört der wirtschaftliche Aufschwung. Seit über zwei Jahren geht es auf dem Weltmarkt so lebendig wie selten zu. Und nicht nur in Deutschland. In England, Frankreich, Amerika, überstehen die intensiven industriellen Tätigkeiten. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt verhältnismäßig ab, die Löhne nehmen verhältnismäßig zu. Die neuen Steuern, die durch die wachsenden Zolltarife wurden zwar verfehrt, aber nicht mit jener Gewalt, die nötig ist, um den indifferenten Massen den sozialdemokratischen Stimmgel in die Hand zu drücken. In einer solchen Situation wählt nur der sozialdemokratische, der wirklich überaus jugendliche Partei genosse ist.“

Im Hinblick auf diesen Erguß wünscht der Bericht den deutschen Arbeitern, daß sie sich im Laufe der Zeit loslösen mögen von einer Partei,

deren Stärke nicht in dem Wohlstand, sondern in der Unzufriedenheit der Massen wurzelt und statt dessen kräftig mitarbeiten mögen an der Erhaltung und Befundung unserer deutschen Volkswirtschaft.“

Zum Verbandstage.

(Schluß.)

Auch wird sich wohl wieder der diesjährige Verbandstag mit der Zeitungsfrage beschäftigen müssen. Nach den Meinungen vieler Kollegen erscheint ihnen das Verbandsorgan noch nicht in dem Maße wie es wohl haben möchte. Es schwebt vielen noch immer der Gedanke vor, den „Gewerksverein“ als Tageszeitung erscheinen zu lassen, mindestens aber jedoch dreimal wöchentlich und möglichst im Großzeitungsformat und diversen Beilagen, um ihn dann in behaglicher Ruhe als Pflicht-exemplar lesen zu können. Wenn unser Verbandsorgan all den Anforderungen, welche an dasselbe gestellt werden, genügen soll, so liegt das nicht an unserem Verbandsredakteur, sondern an den Ortsverbänden bzw. den Mitgliedern. Wenn dem Redakteur von allen Vorständen innerhalb der Verbände pünktlich Bericht erstattet wird, und Material fest je überall zur Verfügung, dann ist es ihm auch möglich, die Zeitung so redigieren zu können, daß sie allen Anforderungen der Mitglieder gerecht wird. Auch darf nicht die pelonische Unternehmung vergessen werden. In unserem Verbandsredakteur besitzt die Organisation eine Kraft, welche in jeder Beziehung das vollführt, was von ihr verlangt wird, und wenn uns von neidischer Seite (und wo gibt es nicht Köppler) zum Vorwurf gemacht wird, daß unser Redakteur auch noch parlamentarisch tätig ist, und so auf diese Weise nicht seine ganze Arbeitskraft hergeben kann, und was es sonst noch zu tadeln gibt, so bedauere ich diese Angriffe. Wir erwarten von unserem Redakteur, daß er sich dadurch nicht irre machen läßt. Am allerwenigsten aber durch Angriffe, wie sie in voriger Nummer vom Ortsverein Spandau kamen. Wir hier in Stolp haben sehr oft Gelegenheit gehabt, unser Verbandsredakteur als Agitationsredner in hies überfüllten Saale sprechen zu hören und zwar jedesmal mit großem Erfolg. Bei jeder sich ihm darbietenden Gelegenheit hat er mit der größten Eingabe die Interessen der Arbeiter, sei es auf dem Gebiete der Gewerksvereinsbewegung oder parlamentarisch, vertreten. Auch seine Reden im preussischen Abgeordnetenhaus, welche er in neuerer Zeit gehalten hat, legen Zeugnis ab von dem großen Interesse, das er für die Arbeiter an den Tag legt, und ich meine, nicht neidisch dürfen wir auf solche eine Kraft sein, sondern wir können stolz sein auf ihn, ja wir müssen bestrebt sein, gleich unsern Gegnern, noch mehr befähigte Verbandsräste in die Parlamente zu schicken. Und nun zum Kardinalpunkte des diesjährigen Verbandstages.

Die Stellung der Deutschen Gewerksvereine zur Politik. Die Meinung, daß wir uns in Zukunft bei politischen Bewegungen, z. B. bei Reichstagswahlen, einer politischen Partei anschließen müssen, die unsere Gewerksvereinsbestrebungen fördert, teile ich auch, und das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen hat gezeigt, daß auch unsere Presse ihrer Pflicht nachkommt, wenn es gilt etwas zu leisten. Ferner hat das Ergebnis der Reichstagswahl uns klar vor Augen geführt, daß durch die Parole, die unser Zentralrat vor der Wahl ausgab: „Wählt keinen Freund unserer Organisation, auch keinen Lebensmittelfabrikanten, also wählt keinen Sozialdemokraten und auch keinen Konfessionslosen“, das Richtige getroffen hat. Der Zentralrat kann es sich zum Verdienst anrechnen, daß er durch diese Taktik dazu beigetragen hat, der Sozialdemokratie, bei der wir bei jeder Gelegenheit pöbelhaftesten Anpreisungen ausgesetzt sind, eine große Menge Wähler abwendig zu machen. Daß wir uns bei jeder sich darbietenden politischen Gelegenheit einer linksstehenden bürgerlichen Partei anschließen müssen, ist selbstverständlich, aber über Hals und Kopf einer politischen Partei uns anschließen, halte ich nicht für zweckmäßig. Wie gerne möchten die freien Gewerkschaften das sozialdemokratische Joch abschütteln, welches sie schwer empfinden durch die vielen Geldpfeiler, die erinnern nur an die Tansende von Mark, die aus den Gewerkschaftskassen zur Wahltagation genommen sind, welche Summen den jetzt ausgesperrten Mitgliedern, wo jetzt die nicht ausgesperrten hohe Extrabeiträge zahlen müssen. Reklamiert würde es uns auch gehen, denn wenn wir uns einer politischen Partei anschließen, so müssen wir auch als deren Mitglieder Beiträge entrichten und nicht zu knapp. Wo diese hernehmen? Aus dem Lotofonds, und wer solchen nicht hat, aus der Vereinskasse? Zu beiden Fällen leidet darunter die Gesamtheit. Darum geht meine Meinung dahin, gliedern wir uns bei vorstehenden Wahlen einer linksstehenden bürgerlichen Partei an, auch möge der oder vor allen Dingen bewahren wir unsere Neutralität. Wir haben uns in den 39 Jahren unseres Bestehens auch ohne Politik zu treiben zu einer

achtungsgeliebten Stellung emporgearbeitet, und ich meine, wir werden, wenn wir uns einer politischen Partei anschließen, auch nicht auf größerem Wohlstand zu rechnen haben. Sollte dieses dennoch nach Meinung vieler Kollegen möglich sein, dann müßten wir es ebenso wie unsere Gegner machen, die Arbeiterschaft rücksichtslos und mit Gewalt in unsere Organisation hineintreiben. Dieses, glaube ich, will kein anständiger, richtiger Verbandsrat. Darum vor allen Dingen halten wir uns von unserm verstorbenen Anwalt Dr. Max Hirsch übernommenes Vermächtnis treu und gewissenhaft und bewahren wir uns die Neutralität.

Und nun mögen die Abgeordneten des diesjährigen Verbandstages sich ganz der Aufgabe bewußt sein, die sie übernommen haben und mögen sie aus den gestellten vielen Anträgen das Richtige treffen, welches für die geistliche Entwicke lung unserer Organisation von Nutzen ist. Mögen sie bedenken, daß die jetzige Zeit eine sehr ernste ist und Anforderungen an uns stellt, welche eine sehr reiflichen Ermüdung und eines tatkräftigen Handelns bedürfen. Darum, geehrte Kollegen, die Sie das Vertrauen der Gewerksvereine haben und die an den Beratungen und den Beschlüssen mitarbeiten, welche zum Wohle der Gesamtorganisation dienen, gehen Sie mit frohem Mut hinein in unser Heim.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 5. April 1907.

Die achte ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Preussischen Bergarbeiter, die an den 11. April in Dortmund tagte, nahm einen vorläufigen Verlauf. 19 Delegierte aus den verschiedenen Bergrevieren waren erschienen. Der Hauptvorstand war vertreten durch die Kollegen Hammacher, Schmidt und Schiller. Den Zentralrat vertrat der Kollege Redakteur Goldschmidt. Der Tätigkeitsbericht gab Kunde von dem ersten und wichtigsten des Gewerksvereins. Wir lassen einen ausführlichen Bericht folgen.

Der Dortmund Ortsverein der Bergarbeiter vrankhaltete am 1. Osterfest abends einen auch von den Verbandsgenossen der anderen Ostreviere sehr zahlreich besuchten Kommers, auf welchem die Kollegen Westermann (Malsch.), Hammacher und Goldschmidt glänzende Ansprachen hielten.

Die am 8. April in Berlin zusammentretende Ausschusssitzung des Deutschen Handeltages wird sich auch mit der Rechtsfähigkeit der Gewerksvereine beschäftigen. Schon jetzt wird die Resolution bekannt, die der Beratung zugrunde gelegt werden soll. In derselben wird verlangt, daß der Gesetzentwurf sich nicht auf die gewerblichen Berufsvereine beschränkt, sondern für alle Vereine die Frage in grundsätzlicher Weise allgemein regelt. Es fährt wird, daß die mit der Erlangung der Rechtsfähigkeit verbundenen Vorteile nicht so groß sind, daß sie die Nachteile aufwiegen, die aus mehreren Vorurteilen des Entwurfs für den Verein entstehen.

Zu diesen Vorurteilen gehört namentlich die Beschränkung des Vereins auf Angehörige desselben Gewerbes oder verwandter Gewerbe; die Bestimmung, daß der Vereinsführer, deren Wahrung und Förderung der Zweck des Vereins ist, mit dem Beruf seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehende, gemeinsame gewerbliche Interessen sein müssen und Unterstützung nur an Mitglieder gewährt werden darf, sowie die Ausdehnung der Verwaltungsbefugnisse mit zu weit gehenden und nicht genügend umgrenzten Befugnissen gegenüber dem Verein.

An-dereits soll daran festgehalten werden, daß mit den Rechten des rechtsfähigen Vereins die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch für ihn bestehenden Pflichten, insbesondere hinsichtlich der Haftung für seine Vertreter, verbunden bleiben.

Für die gewerblichen Berufsvereine hat aber gerade diese Bestimmung viel Bedenkliches.

In einem Vergleich zwischen den deutschen Gewerkschaften und den englischen Gewerksvereinen kommt der „Schwäbische Kurier“ (Stuttgart) zu folgendem Urteil:

Die deutschen Gewerkschaften, die jetzt mit 1,82 Mill. die 1,86 Mill. der Trades Unions fast erreicht haben, sind von ihnen doch im Grunde ihres Wesens verschieden. Die Trades Unions sind, so kann man fast sagen, das Muster einer modernen und intelligenten Berufsorganisation der Arbeiter. Sie kämpfen und streifen, wo sie nicht anders können; aber sie sehen den Kampf doch nicht als Selbstzweck an. Sie haben einen Massenverband von 94 Millionen und geben jährlich etwa die Hälfte für ihre Zwecke aus; aber diese 40-50 Millionen werden zum allergrößten Teil für die kulturelle Erziehung der Arbeiter, für Unterstützung der Arbeitslosen usw. angewandt; für Streikzwecke geben die Trades Unions nur 2,5 Millionen aus, das sind etwa 3 pSt. ihres Massenbestandes, 6 pSt. ihres Jahresbudgets. Die Sozialdemokratie hat in die Rechte dieser anerkannt am höchsten stehenden Industriearbeiterklasse bekanntlich einen nennenswerten Eingang nicht gefunden, so daß der englische Arbeiter eben nicht gezwungen ist,